Oscar Baumann's aromatische EIBISCH-WURZEL-SEIFE. Unentbehrlich für jede Familie. Frauenstr. 3

Dresdner Nachrichten

Meyer's mollige Schlafröcke!
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7, dicht neben Herrn Klepperbein.

Simon's Annenhof Dresden. Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen. Im Centrum der Stadt. Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner. Mässige Preise.

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Neuheiten in Photograph.-Albums, Damentaschen, Portefeuillewaaren empfiehlt Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 3.

Baby -Kleidchen -Jäckchen -Mäntel -Hütchen -Häubchen -Mützchen -Schuhchen -Lätzchen Hermann Arndt, Bautznerstr. 46.

Das Bandagen-Geschäft der altrenomm. Firma M. H. Wendschuch sen. befindet sich unverändert schon seit über 30 Jahren nur Marienstrasse 22b im Gartengrundstück neben den „3 Raben".

Nr. 313. Donnerstag, 12. Novbr.

Spiegel: Reichstag und Fürst Bismarck. Hofnachrichten. Bahnsteigsperre. Handwerkerverein. Gerichtsverhandlungen. Buß-Concert. Bismarckdenkmals-Entwürfe. Lotterieliste.

Muthmaßliche Witterung: Naß, wärmer.

Politisches.

Wenn unter der glorreichen Regierung Kaiser Wilhelm's des Ersten, als Deutschland unter Bismarck's Leitung noch die führende Stellung in Europa einnahm, die deutsche Volksvertretung zusammengetreten war, da folgte man nicht blos im Vaterland, sondern in der ganzen gebildeten Welt den parlamentarischen Verhandlungen in Berlin mit dem regsten Interesse. Zwar boten die heftigen Widerstände, die im Reichstage dem nationalen Heros bei dem Ausbau und der Sicherung unserer nationalen Institutionen von den Widersachern der Einheit und Größe des Deutschen Reiches entgegengesetzt wurden, oft genug kein erbauliches Schauspiel; aber bei Freund und Feind blieb doch stets das Bewußtsein herrschend, daß die nationale Politik, so lange sie in der Persönlichkeit des Kanzlers verkörpert blieb, allezeit den Sieg in den parlamentarischen Kämpfen behaupten werde. In der That sind die Hoffnungen, welche die Gegner des Deutschen Reiches hin und wieder auf den inneren Hader setzen mochten, unter dem Regiment des eisernen Kanzlers jedes Mal zu nichte geworden. Wie anders heute! Der deutsche Reichstag ist jetzt wieder beisammen; aber mit banger Sorge sieht der patriotisch gesinnte Theil des deutschen Volkes der parlamentarischen Misère entgegen, die in den nächsten Tagen in dem Prunkbau auf dem Königsplatze der Reichshauptstadt vorgeführt werden soll. Voll grimmiger Schadenfreude erwarten unsere Feinde innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen die Fortführung und Vollendung der Thersitesthaten, die der Reichstag am 23. März vorigen Jahres, als er dem Baumeister des Reiches die gebührende Ehre versagte, begonnen hat. Die Reichstags-Präsidenten, denen jener schmachvolle Tag zu ihren Würden verholfen hat, die Vertrauensmänner der ultramontanen und der fortschrittlichen Demagogie, haben nun ihre Sessel wieder bestiegen, um unter der freudigen Mitwirkung der Umsturzpartei die Geschäfte des Reiches zu leiten. Die Parole, unter der dies geschehen soll, lautet: Schändung des Fürsten Bismarck! Die ganze Gesellschaft, deren schamloses Verhalten unser Kaiser im März vorigen Jahres mit dem Ausdrucke seiner tiefsten Entrüstung gebrandmarkt hat, ist einig darin, daß jetzt die ersehnte Stunde gekommen ist, um ihr Rachegefühl an dem Manne zu befriedigen, der das Verbrechen begangen hat, dem deutschen Volke seine nationale Einheit und Ehre wiederzugeben, der, wie kein Denkmal in Deutschlands Gauen, den Ruhm und die Größe unseres Vaterlands verkörpert.

Centrum, Freisinn und Sozialdemokratie haben beschlossen, über den Fürsten Bismarck zu Gericht zu sitzen. Der Reichstag soll den Mann entehren, dem er sein Dasein verdankt. „Unter solchen Umständen," ruft jubelnd der Singer'sche „Vorwärts", „müssen wir uns auf ungewöhnlich fruchtbare Debatten gefaßt machen." „Wir wollen uns bemühen," verkündet die ultramontane „Köln. Volksztg.", „daß die Reste der Bismarck'schen Politik allmählich überwunden werden." Im Bunde mit den „guten" Revolutionären vom Schlage Virchow's und im Verein mit der Sozialdemokratie will das Centrum den Kaiser gegen den Mann schützen, der die Kaiserkrone geschmiedet hat. Der Reichstag, sagt das genannte ultramontane Blatt, wird kaum umhin können, für den Kaiser einzutreten. Die Parteien, die ehedem, als der nationale Gedanke noch der Leitstern der deutschen Politik war, unter dem Namen „Reichsfeinde" zusammengefaßt wurden, wollen einen Beschluß fassen, der gleichsam an die Stelle der kaiserlichen Thronrede treten soll, die diesmal unterblieben ist, weil keine neue Reichstags-Tagung begonnen hat. Die „Germania" bedauert, daß bei der Wiedereröffnung des Reichstags nicht eine außerordentliche kaiserliche Botschaft behufs Aechtung des „Landesverräthers Bismarck" erfolgt ist. Darum hat der Reichstag die Pflicht, diese Aufgabe zu vollbringen. Derselben Ansicht sind die Richter'schen und die Singer'schen Demokraten. Die „Frankf. Ztg." meint, die Thronrede hätte am besten an den 23. März 1895 angeknüpft, an dem der Reichstag über die Bismarckehrung abstimmte. Es wäre gerade die Thronrede, äußert das republikanische Blatt, eine sehr geeignete Stelle, auf Grund neuerer Erfahrungen die damalige Kritik der Reichstagsmehrheit zu berichtigen. Jedenfalls stehe heute fest, daß ein derartiges Telegramm von Berlin kaum noch einmal nach Friedrichsruh gesandt würde. So weit haben wir es also heute wieder gebracht, daß die inneren Reichsfeinde in ihren hochgeblähten Hoffnungen auf die Unterstützung ihres ehrlosen Unterfangens vom Throne her zu rechnen wagen. Sie erwarten, daß die Männer der Regierung zum Mindesten schweigend zustimmen, wenn sie den Fürsten Bismarck, der ihnen um seiner nationalen Großthaten willen in alle Ewigkeit verhaßt bleibt, vor den Augen aller Welt mit Schimpf und Schande überschütten. Sollte das wirklich das Ergebniß der Entwickelung der letzten sechs Jahre werden, daß das Centrum der Hort und Hüter der Kaisertreue wird, daß sich diejenige Partei ohne energischen Widerspruch von oben her als festeste Stütze des Deutschen Reiches ausgeben darf, der das evangelische Kaiserthum im innersten Herzen ein Gräuel gewesen ist und noch ist, die als obersten Herrn den Papst anbetet, der, wie Gregor VII. in Wildenbruch's Drama, die deutsche Kaiserkrone am liebsten mit Füßen treten würde?

Fast müßte man glauben, daß es so ist, wenn man die Sprache der offiziösen Presse als maßgebend ansieht für die Stimmung der regierenden Kreise. Die „Nordd. Allg. Ztg.", die in der Schamlosigkeit ihres Gebahrens nur von der alten Vettel am Rhein, der „Köln. Ztg.", übertroffen wird, heißt den antibismarck'schen Reichstag herzlich willkommen und ertheilt seinen Arbeiten im Voraus ihren Segen. Das offiziöse, seiner Gesinnung nach durchaus demokratische Blatt bezeichnet es, unter nicht mißzuverstehendem Hinweis auf Bismarck, als vornehmste Pflicht des Reichsparlaments, „der zerstreuenden Wirkung anderer Einflüsse ein Ziel zu setzen" und es hat so großes Vertrauen zu der „politischen Einsicht" des Lieber-Richter-Singer'schen Triumvirats, daß es der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck giebt, der Reichstag werde der Nation ein Vorbild sein, „durch Arbeit die Geister zu sammeln, die politischen Bestrebungen auf sichere erreichbare Ziele zu lenken und Jenen Halt zu gebieten, welche ihre Zwecke zu erreichen hoffen, indem sie die Zerfahrenheit mehren." Es ist der Geist des leibhaftigen Caprivismus, der hier in den Spalten der „Nordd. Allg. Ztg." fortwirkt, der Geist jenes Mannes, der den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag zu komplizirt fand und ihn darum nicht erneuerte, dem es nicht einfach genug war, daß es in Deutschland antinationale und nationale Parteien giebt und der deshalb am 29. Januar 1892 triumphirend erklärte: „National zu sein, ist jetzt nicht mehr ein charakteristisches Kennzeichen einer Partei! National ist Gott sei Dank ganz Deutschland!" National ist heute das Centrum, national ist der Freisinn, national ist die Sozialdemokratie; denn sie alle haben sich brüderlich verbündet, um Bismarck „Halt zu gebieten", um der „zerstreuenden Wirkung der Bismarck'schen Einflüsse ein Ziel zu setzen", um — das ist heute der regierenden Weisheit letzter Schluß — den Kaiser gegen Bismarck zu schützen. Nach allen Anzeichen, die vorliegen, ist leider nicht die geringste Hoffnung vorhanden, daß sich unter den Männern der gegenwärtigen Regierung, unter den Bötticher und Genossen Einer finden wird, den der heilige Zorn des edlen Odysseus entflammt, als er den gegen die Helden Achajas tobenden Schwätzer Thersites zum Schweigen brachte und mit schmählichen Geißelhieben aus der Versammlung stäupte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. Novbr.

Berlin. Reichstag. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Berathung der Justiznovelle wird fortgesetzt bei § 77 des Gerichtsverfassungsgesetzes, betr. die Besetzung der Kammern. — Abg. Schmidt-Warburg (Centr.): Die nothwendige Einführung der Berufung dürfe nicht durch unleugbare Verschlechterung des Verfahrens erkauft werden. Die Regierung möge sich wohl überlegen, was sie damit thue, wenn sie die Rembold'schen Verbesserungen ablehne und dadurch eventuell die Vorlage zum Scheitern bringe. In der Kommission habe das Haus leider schon genug von seinen berechtigten Wünschen opfern müssen. Als man im Jahre 1879 das Fünf-Männer-Kollegium einführte, habe man die Rechtsprechung um deswillen für eine so gesicherte angesehen, daß man auf die Berufung verzichten zu können glaubte, und man habe dem Fünf-Männer-Kollegium aus dem gleichen Grunde eine Reihe von Vergehen überwiesen, welche bis dahin vor das Schwurgericht gehörten. Jetzt, wo in erster Instanz die fünf Männer wieder beseitigt werden sollen, gehe man in dem Bestreben, die Zahl der vor das Schwurgericht gehörigen Delikte zu verringern, sogar noch weiter, obwohl man durch Wiedereinführung des Drei-Männer-Kollegiums die Garantien für eine gute Rechtsprechung verringere; wie reimt sich das zusammen? Er empfehle in erster Linie den Antrag Rembold, Besetzung der Kammern mit drei ordentlichen und zwei Schöffenrichtern, eventuell beantrage er die Besetzung mit fünf Mitgliedern erster Instanz bei Verbrechen, zweiter Instanz bei allen Vergehen, mit Ausnahme der Privatklagsachen. Und falls auch das abgelehnt werde, bezwecke ein von ihm gestellter weiterer Eventualantrag Besetzung in erster Instanz mit vier Mitgliedern, in der Berufungsinstanz, bei Uebertretungen und Privatklagefällen mit drei, in allen sonstigen Fällen mit fünf Richtern. — Geh. Oberregierungsrath v. Lenthe: Wenn sich die Regierungen dem fügen, was in der Kommission beschlossen worden ist, so geben sie damit einem Wunsche der Mehrheit des Hauses nach, welcher ohnehin schon bedeutende Erschwerungen und eine beträchtliche Erhöhung der Kosten mit sich bringe. Weitergehen würden sich die verbündeten Regierungen wohl schwerlich entscheiden können. Ich bitte Sie daher dringend, den heute vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung nicht zu ertheilen. Aus dem Grundsatz, daß es auf die Kosten nicht ankommt, wenn es sich um eine gute Rechtsprechung handelt, folgt doch noch nicht, daß wir unnütze Ausgaben machen (Widerspruch von verschiedenen Seiten), um etwas zu erreichen, was wir auf einfacherem Wege erreichen können: Aufrechterhaltung einer guten Strafrechtspflege. Die Zahl der Richter giebt keine Garantie für die Güte der Rechtsprechung. Gegen den Antrag Rembold spreche, daß bei zehn Männern die Inanspruchnahme des Laienelements ohnehin schon sehr gestiegen sei und die Klagen darüber immer mehr zugenommen hätten; da solle man sich doch hüten, diese Last noch zu vergrößern. — Abg. Günther (nat.-lib.) wendet sich ebenfalls gegen den Vorschlag Rembold. Schon jetzt sei es sehr schwer, die erforderliche Anzahl Schöffen zu Geschworenen zu finden. — Abg. Munckel (freis. Volksp.) würde es am liebsten bei dem bestehenden Fünf-Männer-Kollegium belassen, eventuell aber dem Antrage Rembold zustimmen, und wenn auch dieser abgelehnt werde, dem Antrage Schmidt-Warburg. Wir wollen doch die bestehenden Zustände verbessern und nicht verschlechtern. Die Verbesserung, die uns die Vorlage in der Berufung und der Entschädigung unschuldig Verurtheilter bringt, will man uns nach dem „do ut des" nicht geben, ohne daß wir Verschlechterungen gleichzeitig uns gefallen lassen sollen. Wenn man Gründlichkeit und Gerechtigkeit übt, wie kann man da das Fünf-Männer-Kollegium wieder abschaffen? Auf die Kosten darf es da nicht ankommen. — Geh. Rath Lukas wendet sich gegen den Antrag Rembold. Nach menschlichem Ermessen werde der Bundesrath seine Ansicht nicht ändern, und nach seinem Ermessen würde die Annahme des Antrags das Gesetz zum Scheitern bringen. Die Inanspruchnahme des Laienelements sei ohnehin schon seit 20 Jahren außerordentlich gestiegen, sodaß es schon jetzt an geeigneten Geschworenen fehle. An Schöffen mangele es weniger, man möge aber bedenken, daß die Annahme des Antrags Rembold geradezu zu einer Verdoppelung der Zahl der Schöffen führen müsse, und woher solle man denn qualifizirte Personen nehmen? — Abg. v. Buchka (kons.) verweist darauf, daß nach den Erklärungen vom Bundesrathstisch den Regierungen die vorliegenden Anträge unannehmbar seien, daß das Haus aber doch nicht daran die Vorlage scheitern lassen dürfe. Man solle es daher bei den Vorschlägen der Kommission bewenden lassen. — Abg. v. Gültlingen (Reichsp.) will keinesfalls eine Verschlechterung der Garantien für die erste Instanz, auf die es doch nach den Zugeständnissen der Regierungen zu allermeist ankomme. Daß aber bei den drei Richtern die Garantien nicht gleich groß seien wie bei fünf Richtern, das sei zweifellos. — Abg. Rickert (freis. Ver.) befürwortet Beibehaltung des Fünf-Richter-Kollegiums in allen Instanzen. Jetzt seien vier Fünftel der Stimmen zur Verurtheilung erforderlich, später aber wolle man volle zwei Drittel für zur Freisprechung erforderlich erklären, und das Alles aus finanziellen Rücksichten. Der jetzige Finanzminister sei schlimmer als je einer zuvor. Mühler sei abgegangen wegen nur [illegible] Mk., die ihm verweigert wurden. Der jetzige Justizminister mühe sich wer weiß wie sehr, um Herrn Miquel ein paar tausend Mark oder ein paar Richter aus den Zähnen zu reißen (Heiterkeit), dabei hat der preußische Finanzminister jetzt einen Ueberschuß von 69 Millionen. An Schöffen würde es nimmermehr fehlen, wenn man nicht ganze Berufsklassen bei der Berufung zum Schöffen ausschlösse. Nicht um eine unnütze, sondern um eine unerläßliche Ausgabe handle es sich hier. — Geh. Rath Vierhaus: In Preußen betrage der Zuschuß zur Justizverwaltung schon jetzt 61 Millionen und die Gesammtausgabe 98 Millionen, also über 3 Mk. pro Kopf. Welcher Mehrbedarf bei Annahme des Antrages Munckel entstehe, könne nicht genau angegeben werden; aber wenn auch wirklich die Annahme Rickert's richtig sei, daß es sich dabei nur um eine halbe Million handeln würde, so spiele das schon bei dem gesammten Justizetat von 98 Millionen eine Rolle. Der Antrag Rembold sei unannehmbar, weil undurchführbar. — Abg. Stadthagen (Soz.) protestirt entschieden gegen Verschlechterung der ersten Instanz durch Rückgriff auf ein Drei-Männer-Kollegium. Bei Auswahl der Schöffen wie der Geschworenen sei das Interesse der herrschenden Klassen maßgebend. — Geh. Rath v. Lenthe legt Verwahrung gegen eine Aeußerung Stadthagen's ein, daß das Vertrauen zu den Richtern geschwunden sei. — Abg. Lerno (Centr.) würde es nicht vor seinen Wählern verantworten können, wenn durch das Festhalten an dem Fünf-Männer-Kollegium so alte Forderungen wie die Berufung und Entschädigung unschuldig Verurtheilter scheitern sollte. Für die Ausdehnung des Schöffenwesens könne er sich nicht erwärmen; er und seine bayrischen Freunde würden, wenn auch schweren Herzens, nur um die Vorlage nicht ganz zu Fall zu bringen, für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Das Beste wäre allerdings Annahme des Antrages Munckel. — Abg. Bieschel (nat.-lib.) führt aus, seine Freunde zögen nicht etwa das Drei-Männer-Kollegium vor, aber wenn es nicht anders gehe, würden sie die Kommissionsbeschlüsse acceptiren. — Minister Schönstedt: konstatirt nochmals, daß die Vorlage scheitern könne, wenn nicht die Kommissionsbeschlüsse angenommen würden. Schon durch diese würde allein für Preußen ein Mehrbedarf von 5 Millionen verursacht. — Der Antrag Munckel, Aufrechterhaltung des Fünf-Richter-Kollegiums für alle Instanzen, wird schließlich angenommen. Dafür stimmen die Linke und die große Mehrheit des Centrums. Der Präsident theilt noch mit, daß die Interpellation der freisinnigen Volkspartei, betr. das Duellwesen und den Fall Brüsewitz, sowie die Interpellation des Centrums, betr. die Hamburger Enthüllungen am nächsten Montag auf die Tagesordnung kommen. — Weiterberathung morgen.

Berlin. In der Interpellation des Centrums im Reichstag wird angefragt, ob das Abkommen mit Rußland bis zum Jahr 1890 wirklich bestanden hat, aus welchen Gründen dasselbe nicht erneuert worden ist und ob die Veröffentlichung irgend welchen Einfluß auf unser Verhältniß zu den übrigen Mächten hat.

Berlin. Die für heute Mittag angesetzt gewesene Vereidigung der Rekruten der Gardetruppen wurde auf Befehl des Kaisers abbestellt; voraussichtlich findet dieselbe morgen statt. — Großfürst Wladimir von Rußland ist heute Nachmittag im Neuen Palais eingetroffen, um den Kaiser morgen zur Hofjagd nach Letzlingen zu begleiten. — Prinz Bhanurangsi von Siam, der hier eingetroffen ist, wird morgen vom Kaiser empfangen. — Die Trauerfeier für den verstorbenen Hofprediger Dr. Frommel findet morgen statt. An der Feier werden der Kaiser und die Kaiserin, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold und die beim Gardes du Corps stehenden Prinzen theilnehmen. — Der Bundesrath hat die Berathung des Haushaltsetats für 1897/98 erst in einer heute stattgefundenen Sitzung beendet. Außerdem wurde den Ausschußanträgen zu der Unfallversicherungsnovelle zugestimmt. Auch wurden Mitglieder für den provisorisch zu wählenden Börsenausschuß gewählt. — Die Centrumsinterpellation, betr. die Hamburger Enthüllungen wird am Montag vom Grafen Hompesch begründet. Abg. Dr. Lieber wird die Besprechung beantragen.

Berlin. Während die „Bank- und Handelsztg." ihre Mittheilung über den angeblich geplanten Besuch des Czaren beim Fürsten Bismarck auf russische Quelle zurückführt, wird in einer hiesigen Korrespondenz Graf Herbert Bismarck beschuldigt, den Artikel der „Bank- und Handelsztg." veranlaßt zu haben. — Die zuweilen offiziös bediente „Militär-Politische Korrespondenz" bringt folgende Mittheilung: Wenn in der Presse neuerdings in Aussicht gestellt wird, die Regierung werde aus ihrer Reserve dem Fürsten Bismarck gegenüber heraustreten, so sind wir in der Lage, dem entschiedenen Widerspruch entgegenzusetzen. Die Regierung wird weder Maßregeln ergreifen, um den Fürsten Bismarck an irgend etwas zu hindern, was er zu thun gesonnen ist, noch ihrerseits die Karten aufdecken, um Irrthümer des Fürsten klar zu legen. — Der steckbrieflich verfolgte Direktor des verkrachten Theaters Alt-Berlin in der Berliner Gewerbeausstellung, Paul Blumenreich, schreibt hiesigen Blättern aus Bordighera, daß er sofort die Rückreise antrete, um sich der Behörde zur Verfügung zu stellen.

Wien. Die Abgeordneten Kaizl, Kaftan und Genossen bringen einen Dringlichkeitsantrag ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, ungesäumt das Erforderliche zu veranlassen, damit das garantirte Eisenbahnnetz der Nordwestbahn und der süd-norddeutschen Verbindungsbahn noch im Laufe dieses Jahres zum Ausbau gelangt. Ueber den Antrag wird vor Schluß der heutigen Sitzung berathen.

Paris. Der Eisenbahnzug, in welchem sich die Königin Amalie von Portugal auf ihrer Reise von Wien nach Paris befand, stieß 11 Uhr 40 Min. Vormittags in der Nähe der Gürtelbahn mit einem Güterzug zusammen. Zwei Passagiere wurden schwer, 10 leichter verletzt. Die Königin und ihr Gefolge blieben unverletzt. — Der „Figaro" stellt heute fest, daß während des Czarenbesuchs ein Austausch von Depeschen zwischen Kaiser Wil-

Pfund's Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.